

RWE blockiert die Energiewende und zerstört die Zukunft

Greenpeace fordert Moratorium: Hambacher Wald und von Abbaggerung bedrohte Dörfer müssen geschützt werden

RWE bleibt der Dinosaurier der Energiewende. Investitionen in Erneuerbare Energien finden vorwiegend im Ausland statt. In Deutschland hingegen sabotiert RWE den Umstieg auf eine klimafreundliche Energieversorgung.

Obwohl der Kohleausstieg längst beschlossene Sache ist, hält RWE im Rheinland stur an seinem Kohlekurs fest: Täglich fressen Schaufelradbagger sich dichter an den Hambacher Wald heran, die Umsiedlungen in den von der Abbaggerung bedrohten Dörfern wie Keyenberg und Kuckum werden mit Hochdruck vorangetrieben und der Einstieg in den Kohleausstieg wird verzögert.

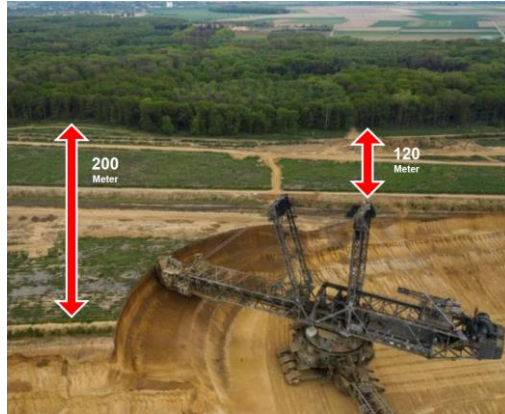
Baggern mit Kalkül

Immer noch sind der Hambacher Wald und ganze Dörfer von der Abbaggerung durch RWE bedroht. Nachdem der Hambacher Wald im Herbst 2018 zum Kristallisationspunkt der Klimaschutzbewegung wurde, konnte seine Rodung zwar zunächst verhindert werden – doch dauerhaft gerettet ist der ökologisch wertvolle Wald damit noch nicht. Jeden Tag, den Landes- und Bundesregierung bei der Umsetzung des Kohleausstiegs verstreichen lassen, nutzt der Kohlekonzern RWE, um sein zerstörerisches Geschäft mit der Braunkohle weiter zu betreiben.

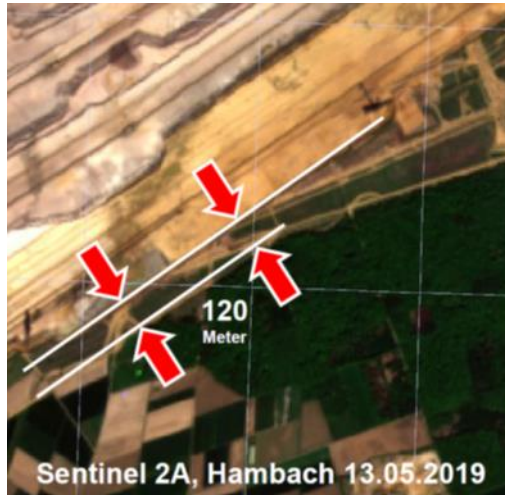
Will RWE den Hambacher Wald ruinieren?

RWEs Kohlebagger fressen sich immer dichter an den Waldrand heran und ge-

fährden damit die Wasserversorgung des schützenswerten Waldes.



Aufnahme vom 30. April 2019



Satellitenbild vom Tagebau Hambach

Von Greenpeace ausgewertete Satellitenaufnahmen weisen nach, dass die Braunkohlebagger zwischen Herbst 2018 und Mai 2019 um 260 Meter an den Hambacher Wald herangerückt sind. Während der Abstand zwischen Wald und Abbruchkante am engsten Punkt im August 2018 noch bei 380 Metern lag, haben sich die Bagger inzwischen bis auf 120 Meter an den Hambacher Wald herange-graben. Damit steigt das Risiko, dass die

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO: 33 401, BLZ: 430 609 67
IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01, BIC GENODEM1GLS

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Wasserversorgung des Hambacher Waldes gefährdet wird.

Durch eine oberflächennahe Tonschicht, die Wasser aufnehmen und halten kann, ist der Waldboden bislang in der Lage, ausreichend Regenwasser zu speichern. Durch den Hitzesommer 2018 war der Hambacher Wald – ebenso wie viele andere deutsche Wälder – einem besonderen und noch immer andauerndem Wassermangel ausgesetzt. Deshalb müssen weitere Belastungen unbedingt vermieden werden, , etwa indem Flächen weggebaggert werden, die Niederschlagswasser zum Wald hinleiten.

Zerstörung mit Ansage

Noch im Herbst 2018 warnte RWE-Chef Schmitz, der Wald sei nicht zu retten, weil RWE die Erdmassen darunter benötige, um die Tagebauböschung zu sichern.¹ Zwar ist diese Aussage anzuzweifeln, klar aber ist: Je dichter sich die Bagger an den Wald heranfressen, umso schwieriger wird die künftige Gestaltung der Böschung und umso größer ist die Gefahr, dass der Wald beschädigt wird. Jeder Meter, den RWEs Bagger sich am Waldrand weiter in die Tiefe graben, spielt dem Konzern in die Hände. Weiterhin versucht RWE so viel klimaschädliche Braunkohle wie möglich abzubaggern – auch wenn dadurch der Bestand des Hambacher Wald gefährdet wird.

Wald statt Kohle

Experten sind sich einig: Hält Deutschland seine mit dem Pariser Klimaschutzabkommen eingegangenen Verpflichtungen ein, wird die Braunkohle unter dem Hambacher Wald nicht gebraucht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) etwa rechnet vor, dass mit den Vorschlägen der Kohlekommission sowohl der Hambacher Wald als auch die bedrohten Dörfer gerettet werden können.²

¹ Interview mit R. Schmitz, Der Wald ist einfach nicht mehr zu retten. Handelsblatt 27.09.2018 <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/rof-martin-schmitz-im-interview-es-geht-um-mehr-als-300-000-arbeitsplaetze-in-nrw/23120572-2.html>

² DIW, Februar 2019, Ergebnis vom Kohlekompromiss:

Greenpeace hat gemäß den Vorschlägen der Kohlekommission gemeinsam mit Client Earth ein Kohleausstiegsgesetz entwickelt.³ Dies sieht für die nächsten Jahre folgende Abschaltungen vor:

Tab. 1: Abschaltplan nach Greenpeace-Kohleausstiegsgesetz

Abschaltjahr	Kraftwerksblock	Gigawatt
2019	Niederaußem C	1,2 GW
	Niederaußem D	
	Neurath A	
	Neurath B	
2020	Niederaußem G	0,7 GW
2021	Neurath D	0,6 GW
2022	Neurath E	0,6 GW

Werden die Kraftwerksblöcke in der oben dargestellten Reihenfolge stillgelegt, können die Tagebaue Hambach und Garzweiler II so verkleinert werden, dass Wald und Dörfer dauerhaft erhalten werden können. Zudem käme Deutschland mit diesem Start in den Kohleausstieg beim Klimaschutz wieder zurück auf Kurs.

Übrigens: Der Erhalt des Waldes lohnt sich aus Klimaschutz-Aspekten doppelt - die Kohle bleibt im Boden und der Wald kann als wertvoller Kohlenstoffspeicher fungieren.

RWE setzt auf Konfrontation statt Befriedung

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (kurz: Kohlekommission) hat mit ihrem Abschlussbericht vom 25. Januar 2019 die Weichen zur Befriedung des Konfliktes um die Kohle in Deutschland gestellt. Im Abschlussbericht der Kommission heißt es unter anderem: *„Die Kommission hält es für wünschenswert, dass der Hambacher Forst erhalten bleibt. Darüber hinaus bittet die Kommission die Landesregierung*

Der Hambacher Wald und alle Dörfer können erhalten bleiben.

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01_c.612926.de/diwkompakt_2019-132.pdf

³ Greenpeace Kohleausstiegsgesetz, Mai 2019 <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/kohleausstiegsgesetz-2.pdf>

gen, mit den Betroffenen vor Ort in einen Dialog um die Umsiedlungen zu treten, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden.“⁴ Bis zum Jahr 2022 sollen zusätzliche Braunkohlekraftwerksblöcke mit einer Kapazität von 3,1 Gigawatt abgeschaltet werden. Damit hat die Kommission einen Kompromiss gefunden, um den schwelenden Konflikt, um den Abbau von Braunkohle und mangelnde Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland zumindest teilweise zu befrieden.

Ein schneller Einstieg in den Kohleausstieg ist nicht nur Vorschlag der Kohlekommission, sondern mit Blick auf die Klimakrise dringend notwendig. Doch RWE lässt bislang keine Bereitschaft erkennen, den sogenannten Kohlekompromiss umzusetzen. Im Gegenteil: Bei der RWE-Hauptversammlung im Mai 2019 hat Konzernchef Rolf Martin Schmitz deutlich gemacht, dass er die Dörfern am Tagebau Garzweiler II vollständig umsiedeln will.⁵ Das heißt nichts anderes als ein weiteres Festhalten am klimaschädlichsten aller Energieträger. Durch sein unbeirrtes Festhalten an seinem Kohlekurs verschärft RWE den gesellschaftspolitischen Konflikt um den Klimaschutz weiter.

Von Abaggerung bedrohte Dörfer

Während die Dörfer Manheim und Morschenich am Tagebau Hambach schon zu großen Teilen zerstört wurden, sind die von Abaggerung bedrohten Ortschaften um den Tagebau Garzweiler II noch bewohnt. Es handelt sich um die fünf Orte Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich und Beverath. Sie gehören zum Stadtgebiet von Erkelenz.

Diese Orte mit alten Bauernhöfe, historischen Kirchen, denkmalgeschützten Häusern haben eine jahrhundertealte Ge-

schichte: . Einer der ältesten und der größte dieser Orte ist Keyenberg mit ursprünglich über 800 Einwohner*innen (Stand: Dez 2016). Auch wenn die Umsiedlungen schon vorangeschritten sind verfügt der Ort noch über eine funktionierende dörfliche Infrastruktur wie etwa eine Gaststätte, Bäckerei, Blumengeschäft und eine Schule. Die katholische Heilig-Kreuz Kirche im Ort ist mehr als 1000 Jahre alt.

Die Umsiedlungen der fünf Dörfer, in denen ursprünglich mehr als 1500 Menschen lebten, haben 2016 begonnen. Inzwischen sind sie weit fortgeschritten. Aktuell leben in den Dörfern noch knapp 1.100 Einwohner*innen (Stand: Mai 2019).

Tab. 2: Fakten zu den bedrohten Dörfern

Dorf	Einwohner*innen (Stand Dez. 2016) ⁶	Geplanter Abschluss der Umsiedlungen ⁷
Keyenberg	830	2023
Kuckum	453	2027
Oberwestrich	30	2027
Unterwestrich	120	2027
Beverath	117	2028

RWE baut Straße, die vermutlich nie gebraucht wird

Am 20. Mai 2019 hat RWE den Bau einer neuen „Grubenrandstraße“ (L 354 n) am Kuckumer Wald, hinter den von der Abaggerung bedrohten Dörfern beim Tagebau Garzweiler II, gestartet. Für den Bau der Straße hatte RWE bereit im Februar zahlreiche Bäume gefällt. Doch gebraucht wird die Straße nur, falls das Dorf Kuckum tatsächlich abgebaggert wird. Laut Braunkohlenplan wird die Ortschaft Kuckum im Jahr 2027 in Anspruch genommen. Bis zu diesem Zeitpunkt be-

⁴ Seite 63, Abschlussbericht Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

⁵ SPON 03.05.2019, Chef will RWE zum Ökokonzern umbauen. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/rwe-chef-rolf-martin-schmitz-wirbt-fuer-wandlung-zum-ökokonzern-a-1265604.html>

⁶ Stadtverwaltung Erkelenz, Bevölkerungsstand 2016 <https://www.erkelenz.de/dokumente/tourismus-und-kultur/gliederung-der-stadt/2016-bevoelkerungstand-am-31-12-2016.pdf?cid=150>

⁷ Stadtverwaltung Erkelenz <https://www.erkelenz.de/planen-bauen-wohnen-umwelt/umsiedlungen-tagebau-garzweiler-ii/keyenberg-kuckum-unter-oberwestrich-und-beverath/>

steht über Kuckum eine Verbindung zwischen Wanlo und Venrath – diese soll durch die neugebaute Straße sichergestellt werden. Nach Angaben von RWE benötigt der Straßenbau etwa zwei Jahre.⁸ Somit würde es reichen, im Jahr 2025 mit dem Bau zu beginnen.

RWE treibt Umsiedlungen voran und entweicht Kirchen

Noch während die Kohlekommission über den Fahrplan zum Kohleausstieg verhandelte, begann RWE neben bewohnten Häusern in Keyenberg mit dem Bau von Pumpen zur Grundwasserabsenkung für den geplanten Tagebau. Unter dauerhafter Lärm-, Licht- und Schmutzbelästigung für die Anwohner*innen arbeitete RWE unbeirrt auf die Zerstörung des Ortes hin, während die Kommission kurz zuvor die Grundlagen zum Erhalt des Dorfes geschaffen hatte. Bereits zuvor hatte RWE rechtswidrig auf Eigentumsflächen von Dorfbewohner*innen teilweise lange Gräben und Wälle gezogen. Erst nach Einschalten eines Anwalts stoppte der Konzern die Arbeiten und behauptet, dass es sich um ein Versehen handelt.⁹

Regelmäßig veröffentlicht RWE einen aktualisierten Übersichtsplan mit allen Grundstücken des Umsiedlungsortes. Der Plan vermerkt namentlich, wer ein neues Grundstück gekauft oder zumindest reserviert hat und erzeugt so einen wachsenden Druck unter den Nachbar*innen, der Umsiedlung ebenfalls zuzustimmen. Wer eigentlich nicht umsiedeln will, droht am Ende ohne Grundstück im neuen Dorf dazustehen.



Zerstörung des „Immerather Doms“, Januar 2018

© Bernd Lauter / Greenpeace

Sogar die Zerstörung von Kirchen treibt RWE rücksichtslos voran: Nach der Zerstörung des sogenannten Immerather Doms im Januar 2018 wurde am 18. Mai 2018 trotz Protesten die Kirche in Mannheim entweicht.¹⁰ Am 15. Juni 2019 folgte die Entweihung der Kirche von Morschenich.

Übrigens: Die Orte Mannheim und Morschenich, deren Bewohner*innen größtenteils schon umgesiedelt sind, liegen hinter dem Hambacher Wald. Wird der Wald erhalten, war auch die Zerstörung der Dörfer grundlos.

Es gibt Mutmaßungen, dass RWE hier noch ein anderes Ansinnen verfolgt und sich Flächen sichern will, da für den Strukturwandel in der Region dringend viel Fläche benötigt wird. Und die ist knapp. So könnte sich RWE auch langfristig politischen Einfluss sichern.¹¹

RWE: Europas Klimakiller Nr. 1

Im Jahr 2018 haben RWEs Kraftwerke 118 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen.¹² Vor allem seine Braunkohlekraftwerke sichern dem Konzern in Europa einen unangefochtenen Spitzenplatz unter den klimaschädlichsten Unternehmen.

⁸ https://rp-online.de/nrw/staedte/erkelenz/rwe-power-begrundet-rodung-bei-kuckum-und-keyenberg_aid-36640807

⁹ <http://xn--bndnis-gegen-braunkohle-cpc.de/2019/01/31/hilferuf-aus-den-braunkohle-dorfern-rwe-macht-uns-das-leben-zur-hoelle-pressemitteilung-von-alle-dorfer-bleiben/>

¹⁰ https://www.aachener-nachrichten.de/nrw-region/braunkohle/kerpen-manheim-hunderte-nehmen-abschied-von-kirche-am-tagebau-hambach_aid-38875321

¹¹ <http://www.taz.de/Kohlekommission-und-RWE/15570955/>

¹² Fool's Gold, The financial institutions bankrolling Europe's most coal-dependent utilities, Urgewald, Februar 2019

Unter den fünf klimaschädlichsten Kraftwerken in Europa finden sich gleich drei Braunkohlekraftwerke von RWE. Europas zweigrößte CO₂-Quelle war im Jahr 2018 RWEs Braunkohlekraftwerk Neurath mit 32,2 Millionen Tonnen, dicht gefolgt vom Kraftwerk Niederaußem (25,9 Mio. t) und auf Platz fünf das Kraftwerk Weisweiler (16,8 Mio. t).¹³ Zusammen stoßen diese drei Braunkohlekraftwerke mit 74,9 Millionen CO₂ pro Jahr fast so viele Treibhausgase aus wie Österreich.

Tod aus dem Schlot

Vier RWE-Braunkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen (Neurath, Niederaußem, Weisweiler & Frimmersdorf) waren im Jahr 2016 verantwortlich für 1.200 vorzeitige Sterbefälle, 540 Fälle von chronischer Bronchitis bei Erwachsenen und 3,4 Mrd. EUR an Gesundheitskosten.¹⁴ Diese großen Braunkohlekraftwerke befinden sich in der Nähe dicht besiedelter Gebiete: In einem Umkreis von 200 km um diese vier Kohlemeiler leben 46 Millionen Menschen. Die Modellierung zeigt, dass sich die Wirkung der Kraftwerke nicht nur über ganz Deutschland, sondern auch bis Nordfrankreich, Belgien und die Niederlande ausstreckt.

Fehlendes Energiewende-Engagement gefährdet Arbeitsplätze

RWE hat bislang kaum etwas zum Erfolg der Erneuerbaren Energien beigetragen. Zu einer Gesamtkapazität von RWEs Stromerzeugung von 36,6 Gigawatt steuern die Erneuerbaren lediglich 0,3 GW bei – weniger als 1 Prozent.¹⁵ In Deutschland

plant RWE auch nach der Übernahme des Erneuerbaren-Geschäfts von E.ON nicht nennenswert in Erneuerbare zu investieren.¹⁶ Damit plant RWE sich bislang nicht am Ziel der Bundesregierung zu beteiligen, den Anteil der Erneuerbaren von heute knapp 40 Prozent auf 65 Prozent des Strombedarfs im Jahr 2030 zu steigern.

RWE gibt für die „Neue RWE“ (Erneuerbaren Produktion von Innogy und Teil von E.ON) Erneuerbare Kapazitäten von 9,1 GW an. Lediglich 20 Prozent dieser Erneuerbaren Anlagen (1,82 GW) stehen in Deutschland. Das sind 55 MW Wind Onshore aus den alten Beständen von RWE, sowie Kapazitäten von Onshore-Wind (848 MW) und Offshore-Wind (597 MW) von E.ON und Innogy.

RWE rühmt sich mit der Übernahme der Erneuerbaren-Sparte von Innogy und E.ON eine umfangreiche Projektpipeline übernommen zu haben. Aber diese Investitionen finden überwiegend im Ausland statt. In Schweden baut E.ON den größten Onshore-Windpark Europas, darüber hinaus ist E.ON vor allem in den USA beim Bau von Windparks engagiert. Innogy baut einen riesigen Offshore-Windpark vor der Ostküste Englands und ein gigantisches Solarkraftwerk in Australien. In Deutschland sind keine Projekte mit einem nennenswerten Beitrag geplant.¹⁷

Übernommen werden soll auch der Offshore-Windpark Arkona, der in der Ostsee 35 km vor der Insel Rügen liegt, mit einer Leistung von 385 MW und im April 2019 von Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeweiht wurde.

¹³ EU- Climate Action, Report: Verified Emissions for 2018 https://ec.europa.eu/clima/policies/ets/registry_en

¹⁴ Sandbag, Last Gasp. The coal companies making Europe sick, November 2018, <https://sandbag.org.uk/project/lastgasp/>

¹⁵ RWE Unternehmenspräsentation, März 2019 <https://www.group.rwe/-/media/RWE/documents/05-investor-relations/veroeffentlichungen-und-praesentationen/RWE-company-presentation-march-2019.pdf>

¹⁶ Aussagen von RWE-Chef Rolf-Martin Schmitz während der Bilanzpressekonferenz 14. 3. 2019: https://www.rwe-videoarchiv.com/player/videos/apg1/player_vjs_inter.php?clip=49157576

¹⁷ Die Welt, 14.3.2019, Europas größter Klimasünder wird überall öko – außer in Deutschland. <https://www.welt.de/wirtschaft/energie/article190323313/Neue-RWE-investiert-ueberall-nur-nicht-in-Deutschland.html>

Zu der in Deutschland installierten Leistung von RWE (fast 23 GW, davon allein 10 GW Braunkohlekapazitäten) bleibt der Anteil der Erneuerbaren auch nach Übernahme denkbar gering. Das macht bei einer in Deutschland installierten Gesamtkapazität von 113 GW an Erneuerbaren Energien (ohne Wasserkraft) einen verschwindend geringen Anteil der RWE von 1,6 Prozent aus.

Durch die fehlende Bereitschaft auch in Deutschland in Erneuerbare Energien zu investieren gefährdet RWE die Arbeitsplätze seiner eigenen Mitarbeiter*innen.

Hambi bleibt - gemeinsam gegen die Bagger

Der Hambacher Wald ist zum Kristallisationspunkt einer verfehlten Energie- und Klimapolitik geworden und Symbol eines daraus erwachsenden gesellschaftlichen Konfliktes.



Demo zum Erhalt des Hambacher Waldes

© Bernd Arnold / Greenpeace

Der Widerstand dagegen den Wald für den Abbau von Kohle zu zerstören ist breit: Mehr als 50.000 Menschen demonstrieren am 6. Oktober 2018 für den Erhalt des Hambi. Seit Jahren setzt sich der BUND rechtlich für den Erhalt des Waldes ein, Greenpeace-Aktivist*innen protestierten bereits 2004 im Hambacher Tagebau für den Ausstieg aus der Braunkohle. Initiativen und engagierte Einzelpersonen sind vor Ort aktiv, Umweltaktivist*innen leben seit 2012 im Wald, um ihn zu schützen. Jegliche Gefährdung des Hambacher Waldes durch RWEs Bagger wird den Konflikt um den deutschen Kohleausstieg weiter schüren.

Rechtsstreit um den Hambi geht weiter

Nach den Protesten im Herbst 2018 hat das Oberverwaltungsgericht Münster am 5. Oktober 2018 in einem Eilverfahren verfügt, dass im Hambacher Wald solange nicht gerodet werden darf bis über den Ausgang der Klage des BUND gegeneben den Hauptbetriebsplan 2018 bis 2020 für den Braunkohletagebau Hambach entschieden ist.¹⁸ Seit Jahren tobt ein Rechtsstreit zwischen dem BUND und RWE um die Rechtmäßigkeit des Tagebau Hambach. So beklagt der BUND den Hauptbetriebsplan. Denn nach europäischer Gesetzgebung hätte der Hambacher Wald für das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 als FFH (Flora-Fauna-Habitat)-Gebiet gemeldet werden müssen. Außerdem wehrt sich der BUND als Besitzer eines Grundstücks am Tagebau Hambach gegen die Zwangsenteignung durch RWE.¹⁹

Den Verfahren ist gemein, dass sie am 12. März 2019 vom Verwaltungsgericht Köln abgelehnt wurden.²⁰ Doch der BUND wird die Zulassung der Berufung beantragen.²¹ Damit geht der Rechtsstreit in die nächste Runde.

Im Februar 2019 hat NRW-Ministerpräsident Armin Laschet mit RWE ausgehandelt, dass bis Herbst 2020 im Hambacher Wald nicht gerodet wird. Der Wald wird also eine weitere Rodungssaison von der Abholzung verschont. Das hindert den Kohlekonzern jedoch nicht daran, immer dichter an den Wald heran zu baggern und damit seine Zerstörung zu riskieren.

¹⁸

http://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilung/01_archiv/2018/46_181005/index.php?print=1

¹⁹ <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebaue/hambach/bund-enteignung/>

²⁰ http://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/06_19_0312_2/index.php

²¹ <https://www.bund-nrw.de/meldungen/detail/news/hambach-klagen-vorerst-erfolglos/>

Zukunft statt Braunkohle

RWE Vorstandschef Rolf Martin Schmitz fordert milliardenschwere Entschädigungen für RWEs Braunkohlekraftwerke, ohne einen spürbaren Beitrag zur deutschen Energiewende zu leisten. Dabei nutzt Schmitz die Untätigkeit von Wirtschaftsminister Peter Altmaier und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (beide CDU), um die Energiewende und den mühsam erkämpften Kohlekompromiss zu unterminieren.

Nur mit einer Umkehr, weg von klimaschädlicher Braunkohleverstromung, hin zu sauberen Erneuerbaren Energien wappnet RWE sich für die Zukunft der Energiebranche. Dafür bieten die Tagebauflächen in den Braunkohle-Regionen enorme Potenziale. Alleine die RWE-Flächen im Rheinischen Revier bieten Platz für den Bau von mehr als 8 Gigawatt an Wind- und Solaranlagen. Greenpeace fordert auf den ehemaligen Braunkohle-Tagebauflächen Erneuerbare Energien rasch und in großem Umfang zu errichten. Das schafft zukunftsfeste Arbeitsplätze für die Mitarbeiter*innen von RWE und eine neue saubere Perspektive für den Konzern.

Was jetzt geschehen muss - Moratorium dringend notwendig

Um RWE auf seinem Kohlekurs zu stoppen, mit dem der Konzern den Erhalt der bedrohten Dörfer oder des schützenswerten Hambacher Waldes unmöglich machen oder mindestens deutlich erschweren würde, fordert Greenpeace gemeinsam mit 40 zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Initiativen aus dem Rheinland ein Moratorium.²² Dieses Moratorium zum Erhalt der bedrohten Dörfer und zum Schutz des Hambacher Waldes soll solange gelten bis die politischen Entscheidungen zum Kohleausstieg getroffen und umgesetzt sind. Greenpeace fordert, in den bedrohten Dörfern keine weiteren Zerstörungen anzurichten und die Ver-

handlungen zur Umsiedlung auf Wunsch der betroffenen Bewohner*innen auszusetzen. Dabei dürfen weder diejenigen, die in ihren Dörfern bleiben wollen, noch diejenigen, die sich zu einer Umsiedlung entschlossen haben aufgrund ihrer Entscheidung schlechter gestellt werden.

Für Greenpeace ist es unerlässlich, dass die CDU-Politiker Armin Laschet (NRW-Ministerpräsident) und Peter Altmaier (Bundeswirtschaftsminister), den von der Kohlekommission vorgeschlagenen Kohleausstieg endlich umsetzen. Das heißt, dass sie schnellstmöglich ordnungspolitische Maßnahmen ergreifen, um erste Kraftwerksblöcke, unter anderem in Niederaußem und Neurath vom Netz zu nehmen.

Greenpeace fordert:

- RWE muss einem sofortigen Moratorium zum Erhalt der bedrohten Dörfer und des Hambacher Waldes zustimmen, bis die Vereinbarungen zur Abschaltung der Braunkohlekraftwerke im Rheinland gesetzlich fixiert sind und eine neue Leitentscheidung der Landesregierung NRW vorliegt.
- RWE muss noch 2019 die Kraftwerksblöcke Niederaußem C + D, sowie Neurath A + B vom Netz nehmen.
- RWE muss Tagebauplanungen vorlegen, die den Hambacher Wald und bedrohte Dörfer dauerhaft schützen.
- RWE muss einen konzernweiten CO₂-Reduktionsplan vorlegen, der nachweist, wie der Konzern plant, seine Klimaziele im Einklang mit dem Pariser Klimaübereinkommen einzuhalten.
- Die Bundesregierung muss umgehend ein Kohleausstiegsgesetz erlassen, in dem die ersten Braunkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen bereits Ende 2019 abgeschaltet werden.

²² https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/braunkohle/Aktionen/2019_05_29_Brief_Laschet_final.pdf

Tipps zum Weiterlesen:

Greenpeace-Hintergrund: Für eine Welt ohne Klimachaos (2018)

<https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/hintergrund-klima>

Greenpeace Energieszenario: 2030 kohlefrei (2018)

<https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/energieszenario-2030>

Greenpeace-Gesetzentwurf über die Beendigung der Nutzung von Braun- und Steinkohle (2019)

<https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/kohleausstiegsgesetz>